OFFENE LINKE ANSBACH
c/o Bäckergründlein 23, 91522 Ansbach, www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 04.11.2010

US-Armee verhindert Integration – Für Kinder aus deutsch-amerikanischen Ehen gilt:

Besuch von Ansbacher Kindergärten scheitert an 1.000 Euro

Offene Linke: „Skandal auf dem Rücken der Kinder" – Forderung: Truppenstatut ändern

Verkehrte Welt in Ansbach: Während Deutschland über eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten diskutiert, wurde jetzt bekannt, dass Kindern aus Beziehungen zwischen US-Soldatinnen bzw. –Soldaten und deutschen Frauen bzw. Männern der Besuch von Kindergärten der Rezatstadt praktisch verweigert wird – auch wenn diese Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Hintergrund sind Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts (NTS), wonach Kinder von US-Soldaten automatisch zum „US-Gefolge" gehören. Folglich könnten keine staatlichen Zuschüsse zum Kindergartenbesuch gewährt werden. Bis 2008 übernahm die Stadt Ansbach diese Kosten als freiwillige Leistung und versuchte gleichzeitig über viele Schriftwechsel die US-Armee dazu zu bewegen, sich an Ausgaben für ihre -laut NTS- „Angehörigen" zu beteiligen, was diese jedoch ohne Begründung ablehnte. Auch das Angebot der Stadt, sich die Kosten zu teilen, wurde von der Armeeführung negativ beschieden. 2009 wurden diese städtischen Leistungen, die sich im Vorjahr auf rund 16.000 Euro beliefen, eingestellt.

Seitdem ist es Elternteilen deutscher Staatsangehörigkeit praktisch nicht mehr möglich, ihre Kinder –ebenfalls oft deutscher Staatsangehörigkeit –, Ansbacher Kindergärten besuchen zu lassen, da diese je nach Betreuungsart durchschnittlich 2.000 Euro im Jahr zusätzlich zu den üblichen Gebühren aufbringen müssten. Die Offene Linke sprach in diesem Zusammenhang von „unhaltbaren Zuständen" und warf der US-Armee „Verweigerungshaltung" vor. Offenbar versuche die Armee, ihre eigenen –nicht ausgelasteten- Kindergärten zu füllen. Viele betroffene Eltern wiederum hegten aufgrund der wenig liberalen Ausrichtung der Pädagogik in US-Einrichtungen den Wunsch, ihre Kinder in Ansbacher Kindergärten unterzubringen. Klagen sind bei Sozialgerichten bereits anhängig.

„Es darf nicht sein, dass aufgrund der verweigerten Zuzahlung seitens der Armee in Höhe von 1.000 Euro pro Kind und Jahr anstatt Integration eine Abschottung der Kleinen von ihrer Umwelt erfolgt. Das ist ein Skandal auf dem Rücken der Kinder", empörte sich die Offene Linke und unterstützte die Bemühungen der Stadt. Ziel müsse es nun sein, den Druck auf das US-Militär zu erhöhen, indem die Missstände Landes- und Bundesbehörden gegenüber klar kommuniziert werden. Zudem stelle das NTS einen „Vertrag der Ausgrenzung" dar, der den immer wieder in Zusammenhang mit der US-Stationierung geäußerten Wunsch nach einem „Miteinander" ins Gegenteil verkehre und stattdessen Parallelwelten in Ansbach schaffe.

Die Offene Linke erklärte abschließend: „Wir setzen uns für die Integration und Einbindung von Kindern jedweder Herkunft in unserer Kommune ein. Ausgrenzung und Abschottung schafft Vorurteile und schürt Ängste, die wiederum negative Folgen im sozialen Miteinander haben können. Daher fordert die Offene Linke die US-Armee mit Nachdruck auf, ihre ablehnende Haltung in Bezug auf Zuzahlung zum Kindergartenbeitrag zu überdenken."

gez. Offene Linke Ansbach e.V., der Vorstand